

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 11. November 1992

am Donnerstag, dem 12. November 1992

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	18, 19	Müller, Jutta (Völklingen) (SPD)	46, 47
Bachmaier, Hermann (SPD)	4, 5	Odendahl, Doris (SPD)	34, 35
Duve, Freimut (SPD)	64, 65	Ostertag, Adolf (SPD)	67, 68
Erler, Gernot (SPD)	31, 32	Dr. Pick, Eckhart (SPD)	6, 63
Dr. Feldmann, Olaf (F.D.P.)	33	Dr. Rieder, Norbert (CDU/CSU)	53, 54
Ferner, Elke (SPD)	43, 44	Schily, Otto (SPD)	11
Fischer, Lothar (Homburg) (SPD)	48, 49	Schmidt, Renate (Nürnberg) (SPD)	23, 24
Fritz, Erich G. (CDU/CSU)	59, 60	Schreiner, Ottmar (SPD)	41, 42
Ganseforth, Monika (SPD)	50	Dr. Seifert, Ilja (PDS/Linke Liste)	15, 16
Gansel, Norbert (SPD)	12, 20	Stiegler, Ludwig (SPD)	66
Habermann, Michael (SPD)	13, 45	Wagner, Hans Georg (SPD)	51, 52
Hacker, Hans-Joachim (SPD)	2, 3	Wallow, Hans (SPD)	57, 58
Harries, Klaus (CDU/CSU)	21, 22	Weis, Reinhard (Stendal) (SPD)	27, 28
Dr.-Ing. Jork, Rainer (CDU/CSU)	1, 17	Dr. Wetzel, Margrit (SPD)	40
Kubatschka, Horst (SPD)	25, 26	Dr. de With, Hans (SPD)	61, 62
Dr. Kübler, Klaus (SPD)	55, 56	Würfel, Uta (F.D.P.)	9, 10
Kuhlwein, Eckart (SPD)	36, 37	Zapf, Uta (SPD)	29, 30
Mehl, Ulrike (SPD)	38, 39	Zierer, Benno (CDU/CSU)	14
Dr. Meyer, Jürgen (Ulm) (SPD)	7, 8		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Senioren	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	12
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	13

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter
Dr.-Ing. Rainer Jork
(CDU/CSU)
Was ist aus den „Wirtschaftspatenten“ geworden, die vom ehemaligen Patentamt der DDR erteilt worden sind?
2. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD)
Wie hoch ist die Zahl der seit dem 1. Januar 1990 (jährlich) eingeleiteten Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts einer Straftat gemäß §§ 86, 86 a StGB (differenziert nach Bundesländern)?
3. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD)
Wie hoch ist die Zahl der Verurteilungen wegen eines Verstoßes gegen die §§ 86, 86 a StGB (differenziert nach Bundesländern) seit 1. Januar 1990 (jährlich)?
4. Abgeordneter
Hermann Bachmaier
(SPD)
Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Herkunft, Alter und Motivation der Verdächtigen/Verurteilten?
5. Abgeordneter
Hermann Bachmaier
(SPD)
Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Strafzumessungspraxis in Verfahren wegen §§ 86, 86 a StGB vor?
6. Abgeordneter
Dr. Eckhart Pick
(SPD)
Hält die Bundesregierung das Rechtsbewußtsein und die Rechtskenntnisse der Bevölkerung sowie der Polizeibeamten für hinreichend, um die Strafwürdigkeit der Verwendung nationalsozialistischer Kennzeichen zu erkennen und Verstöße gegen § 86 a StGB zu verfolgen?
7. Abgeordneter
Dr. Jürgen Meyer (Ulm)
(SPD)
Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um die Bevölkerung und die Strafverfolgungsbehörden über den Inhalt der §§ 86 und 86 a StGB und die Folgen eines Verstoßes gegen diese Vorschriften aufzuklären?
8. Abgeordneter
Dr. Jürgen Meyer (Ulm)
(SPD)
Welche weiteren – politischen und rechtlichen – Mittel wird die Bundesregierung einsetzen, um – der Bedeutung des § 86 a StGB als Staatsgefährdungsdelikt entsprechend – andere Begehungsformen (Herstellen, Vorrätighalten und Einführen von Gegenständen, die verfassungswidrige Kennzeichen enthalten) zu unterbinden?

- | | |
|--|--|
| 9. Abgeordnete
Uta
Würfel
(F.D.P.) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Strafrechtskatalog nicht ausreicht, um Delikte gegen die sexuelle Selbstbestimmung der Frau wirksam zu betrafen? |
| 10. Abgeordnete
Uta
Würfel
(F.D.P.) | Wie gedenkt die Bundesregierung wirksame Mittel im Strafrecht zu verankern, damit Straftaten, die die Intimsphäre der Frau mißachten und verletzen, strafrechtlich sanktioniert werden können? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

- | | |
|--|---|
| 11. Abgeordneter
Otto
Schily
(SPD) | Kann die Bundesregierung den Bericht des Nachrichtenmagazins DER SPIEGEL (Heft Nr. 45 vom 2. November 1992, S. 18) bestätigen, in dem es heißt: „Arbeitsminister Norbert Blüm bestätigt das Gerede vom Staatsnotstand und seinen möglichen Folgen: Wenn die SPD sich verweigere, werde das über den Staatsnotstand geregelt“? |
| 12. Abgeordneter
Norbert
Gansel
(SPD) | Trifft es zu, daß das Mitglied der Bundesregierung, Bundesminister Norbert Blüm, das Gerede vom Staatsnotstand und seinen möglichen Folgen bestätigt hat und erklärt hat, „Darüber ist gesprochen worden“, wenn die SPD sich verweigere, werde das „über den Staatsnotstand geregelt“ (Darstellung und wörtliche Zitate aus dem SPIEGEL vom 2. November 1992), und wie bewertet die Bundesregierung die Äußerung des Bundesministers? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Senioren

- | | |
|---|---|
| 13. Abgeordneter
Michael
Habermann
(SPD) | Warum wurde die vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Familie und Senioren geplante und für den 4. November 1992 angekündigte Fachtagung „Verschämte Altersarmut“ abgesagt? |
|---|---|

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit

14. Abgeordneter
**Benno
Zierer**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit eines besonderen „Eigenhaft-Zuschlags“ für Pkw- und Zweiradfahrer ab einem bestimmten Motorisierungsgrad (PS-Zahl) und für Extremsportgeräte (Paragliders, Surfbretter, Hochalpin-ausrüstungen etc.), der wegen des extrem hohen Unfall- und Pflegefallrisikos dieser Gruppen den Krankenkassen zur Verfügung gestellt wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

15. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert**
(PDS/Linke Liste)
- Auf welche Umfrage in den östlichen Bundesländern bezog sich Bundesministerin Dr. Irmgard Schwaetzer in ihrer Rede im Deutschen Bundestag am 10. September 1992, aus welcher hervorgeht, „daß etwa die Hälfte der Menschen inzwischen sieht, daß sich die Situation im Wohnungsbereich sichtbar verbessert“?
16. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert**
(PDS/Linke Liste)
- Wie sichert die Bundesregierung, daß Wohnungsunternehmen Ostdeutschlands aus den jetzt vorgesehenen Mietenanhebungen keine Rücklagen für die Altschulden bilden, um kreditfähig zu werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung
und Technologie**

17. Abgeordneter
**Dr.-Ing. Rainer
Jork**
(CDU/CSU)
- Was tut die Bundesregierung, um das vorhandene Forschungspotential, insbesondere die Forschungs-GmbH, als Kern einer industrienahe Forschungslandschaft in den neuen Bundesländern zu sichern?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

18. Abgeordneter
**Jürgen
Augustinowitz**
(CDU/CSU)
- Wie beabsichtigt die Bundesregierung die mit der Verabschiedung des Delors-II-Papiers eintretenden Steuermindereinnahmen des Bundes von über 12 Milliarden DM (bis 1996) aufzufangen, und welche Auswirkungen ergeben sich für die mittelfristige Finanzplanung?
19. Abgeordneter
**Jürgen
Augustinowitz**
(CDU/CSU)
- Trifft es nach dem Buchstaben des Vertrages zu, daß Deutschland – gemäß des Artikels 109 j Abs. 4 des Vertrages über die Europäische Union – bei der Entscheidung bezüglich des Eintritts in die dritte Stufe der Währungsunion von Staaten, welche die Konvergenzkriterien selber nicht erfüllen, überstimmt werden könnte, und Deutschland daraufhin – zusammen mit diesen Staaten – in die dritte Stufe eintreten müßte?
20. Abgeordneter
**Norbert
Gansel**
(SPD)
- Besteht zwischen der einen Tatsache, daß die Oberfinanzdirektion Kiel Ermittlungsverfahren nach dem Außenwirtschaftsgesetz wegen der ungenehmigten Lieferung von U-Boot-Fertigungsunterlagen nach Südafrika am 10. Februar 1986 eingeleitet und am 5. November 1992 eingestellt hat, und der anderen Tatsache, daß am 5. November 1992 im Deutschen Bundestag die Beantwortung meiner parlamentarischen Anfrage zu diesen Ermittlungsverfahren anstand, ein kausaler Zusammenhang, und in welcher Weise war die Bundesregierung mit der Einstellung der Ermittlungsverfahren befaßt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

21. Abgeordneter
**Klaus
Harries**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung das von der EG als förderungswürdig anerkannte Projekt in Griechenland, das Flußbett des Acheloos zu versetzen, und sind die Mitgliedsländer der EG bei der Beschlußfassung über die Vergabe von Strukturmitteln beteiligt?
22. Abgeordneter
**Klaus
Harries**
(CDU/CSU)
- Sind Behauptungen zutreffend, daß die Bundesrepublik Deutschland EG-Recht im wirtschaftlichen und Umweltbereich zügig umsetzt und anwendet, während andere EG-Konkurrenzländer dies im Interesse ihrer Wirtschaft nicht tun?

23. Abgeordnete
Renate Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- In welchem Umfang wurden in der ehemaligen Sowjetunion seit den 60er Jahren bis zum Jahr 1988 atomare Sprengsätze bei der Gasförderung eingesetzt?
24. Abgeordnete
Renate Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- In welchen Mengen ist dadurch insbesondere radioaktives Krypton 85, Kohlenstoff 14 und Tritium in das Gas übergegangen, und welche Gefahr entstand dadurch bei den Gasendverbrauchern (z. B. Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland)?
25. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Welche Hilfen zur Reduzierung der Emissionen aus Kraftwerken der CSFR hat die Bundesregierung zur Verfügung gestellt, und welche weiteren Mittel sind vorgesehen?
26. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die Liberalisierung des Endgerätemarktes für Telefone und die Deckung der Nachfrage der Deutschen Bundespost TELEKOM über große deutschen Telefonhersteller, die kleinen und mittleren deutschen Telefonhersteller in ihrer Existenz stark gefährdet sind, und was wird sie dagegen unternehmen?
27. Abgeordneter
Reinhard Weis
(Stendal)
(SPD)
- Welche Schritte beabsichtigt die Bundesregierung zu unternehmen, um der ukrainischen Regierung bei der Verwirklichung des Energieversorgungsprogramms zu helfen, welches die ukrainische Regierung in der vergangenen Woche mit der Erklärung, 1993 das Kernkraftwerk Tschernobyl abschalten zu wollen, angekündigt hat?
28. Abgeordneter
Reinhard Weis
(Stendal)
(SPD)
- Welche Hilfsersuchen der ukrainischen Regierung wurden in dieser Hinsicht bereits an die Bundesregierung gerichtet?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

29. Abgeordnete
Uta Zapf
(SPD)
- Um welche Modernisierungen handelt es sich, die für die in die Türkei zu liefernden Flugzeuge der Bundeswehr, RF-4E Phantom, von der Firma MBB/DASA vorgenommen werden, und auf welche Kosten belaufen sich diese Umrüstungen?

30. Abgeordnete
Uta Zapf
(SPD)
- Welche militärischen Fähigkeiten werden diese umgerüsteten/modernisierten RF-4E Phantom bei Lieferungen an die Türkei haben, und ist eine Nachrüstung der RF-4E Phantom durch die Türkei auf eine Kampffrolenbefähigung möglich?
31. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Welche Überlegungen innerhalb des Bundesministeriums der Verteidigung haben dazu geführt, daß dem Bundesminister der Verteidigung in einer internen Entscheidungsvorlage neuerdings empfohlen wird, das Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA) möglichst zusammen mit dem zum Bereich des Bundesministers des Innern gehörigen Bundesarchivs-Militärarchivs (Ba-Ma) aus Freiburg abzuziehen und nach Berlin-Gatow (Berlin-West) zu verlegen, nachdem bisher stets mit Hinweis auf strukturpolitische Erwägungen zugunsten der neuen Bundesländer seitens des Bundesministeriums der Verteidigung ein Umzug in die Villa Ingenheim nach Potsdam favorisiert wurde?
32. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Welche Kosten würden für einen Neubau des MGFA auf dem Militärflughafen Berlin-Gatow, für die notwendige Zwischenunterbringung des Amtes bis zur Fertigstellung des Neubaus sowie für den Umzug von Freiburg nach Berlin entstehen im Vergleich zu der kostengünstigsten Lösung einer Unterbringung des MGFA in dem freiwerdenden französischen Stabsgebäude in Freiburg („Panzerkreuzer“), wie sie aus forschungspolitischen wie sozialen Gründen seit langem von allen Vertretern der Stadt und des Landes sowie von den Freiburger Abgeordneten, egal welcher Partei sie angehören, nachdrücklich unterstützt wird?
33. Abgeordneter
Dr. Olaf Feldmann
(F.D.P.)
- Wie viele französische Soldaten werden an den bisherigen Standorten in Deutschland jeweils im Jahr 1995 noch stationiert sein, und inwiefern wirkt die Bundesregierung darauf hin, daß der französische Truppenabzug dazu führt, daß möglichst viele städtebaulich und wirtschaftlich attraktive Standorte in Baden-Baden, Rastatt und Bühl einer zivilen Nutzung zugeführt werden können?
34. Abgeordnete
Doris Odendahl
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Zahl der eheähnlichen Lebensgemeinschaften, auch mit gemeinsamen Kindern, ständig zunimmt, und welche Schlußfolgerungen zieht sie daraus im Hinblick auf die Gleichbehandlung von verheirateten und nicht-verheirateten wehrpflichtigen Familienvätern, deren Einberufung zum Wehrdienst noch aussteht bzw. nicht unmittelbar nach der Musterung erfolgt ist?

35. Abgeordnete
**Doris
Odendahl**
(SPD)

Haben die Kreiswehrrersatzämter für solche Lebensgemeinschaften entsprechende Richtlinien, und auf welche Weise will die Bundesregierung in Zukunft gewährleisten, daß die Kreiswehrrersatzämter solche bezüglich einer flexiblen Einberufung von wehrpflichtigen Vätern – ob verheiratet oder unverheiratet – so nutzen, daß es zu einer bundesweiten Gleichbehandlung kommt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

36. Abgeordneter
**Eckart
Kuhlwein**
(SPD)

Trifft ein Pressebericht (Frankfurter Rundschau vom 3. November 1992) zu, nach dem der Vorstand der Deutschen Bundesbahn die Veröffentlichung eines kritischen Beitrags über den „Transrapid“ in der Fachzeitschrift „Internationales Verkehrswesen“ durch Druck auf den beamteten Autor verhindert hat, und welche Beweggründe hat der Vorstand der Deutschen Bundesbahn gegebenenfalls dafür gehabt?

37. Abgeordneter
**Eckart
Kuhlwein**
(SPD)

Ist die Deutsche Bundesbahn bereit, der Veröffentlichung des Beitrags eventuell in einer anderen Publikation bzw. Form zur Unterrichtung der Öffentlichkeit zuzustimmen, ohne daß dem Autor dadurch Nachteile entstehen?

38. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)

Inwieweit ist es üblich, daß der Vorstand der Deutschen Bundesbahn – wie im Fall eines kritischen Beitrags zum „Transrapid“ (Frankfurter Rundschau vom 3. November 1992) – auf Veröffentlichungen von Mitarbeitern in Fachzeitschriften Einfluß nimmt, soweit sie nicht die offizielle Auffassung ihres Dienstherrn vertreten?

39. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)

Trifft es zu, daß der Autor in seinem Beitrag zum „Transrapid“ zu dem Ergebnis kommt, der Einsatz „dieser neuen sehr speziellen und für den klassischen Güterverkehr ungeeigneten Spurführungstechnik inmitten eines dichten und modernisierungsfähigen Eisenbahn-Netzes“ sei „nicht zu empfehlen“, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Einschätzung?

40. Abgeordnete
Dr. Margrit Wetzell
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung, daß der Vorstand der Deutschen Bundesbahn einem leitenden Mitarbeiter die Veröffentlichung eines kritischen Beitrages zur Magnetschwebebahn „Transrapid“ in der Fachzeitschrift „Internationales Verkehrswesen“ verboten hat und der Bericht im letzten Moment aus dem Heft genommen wurde (vgl. Frankfurter Rundschau vom 3. November 1992)?
41. Abgeordneter
Ottmar Schreiner
(SPD)
- Inwieweit sind die erheblichen Anstrengungen der Belegschaft im Bundesbahnausbesserungswerk (BAW) Saarbrücken-Burbach für eine nachhaltige Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Werkes bei der Entscheidung des Bahnvorstandes, das BAW Saarbrücken-Burbach auf die Liste der zu schließenden Werke zu setzen, gewürdigt worden?
42. Abgeordneter
Ottmar Schreiner
(SPD)
- Welche Auswirkungen hat die Entscheidung des Bahnvorstandes auf die Zahl der Ausbildungsplätze und die Möglichkeiten der Übernahme dieser Auszubildenden nach ihrer Ausbildung?
43. Abgeordnete
Elke Ferner
(SPD)
- Warum steht das Güterwagenausbesserungswerk Saarbrücken-Burbach nach dem Vorschlag des Vorstandes der Deutschen Bundesbahn auf der Liste der zu schließenden Werke?
44. Abgeordnete
Elke Ferner
(SPD)
- Inwieweit wurde bei den regional- und strukturpolitischen Kriterien die Tatsache berücksichtigt, daß das Verfassungsgerichtsurteil vom 27. Mai 1992 zur extremen Haushaltsnotlage des Saarlandes ausdrücklich eine stärkere Präsenz von Bundesbehörden und -einrichtungen im Saarland gefordert hat?
45. Abgeordneter
Michael Habermann
(SPD)
- Wie viele derzeit im Bundesbahnausbesserungswerk (BAW) Kaiserslautern beschäftigte Mitarbeiter wohnen im Saarland, und wie viele könnten bei Erhaltung des BAW Saarbrücken-Burbach und der Erweiterung um die 3. Stufe der Radsatzaufbereitung nach Saarbrücken umgesetzt werden?
46. Abgeordnete
Jutta Müller (Völklingen)
(SPD)
- Welche Rolle hat bei dem Vorschlag des Vorstandes der Deutschen Bundesbahn, das Bundesbahnausbesserungswerk (BAW) Saarbrücken-Burbach auf die Liste der zu schließenden Werke zu setzen, die Tatsache gespielt, daß im BAW Saarbrücken-Burbach bereits die Radsatzaufbereitung existiert und für die Durchführung der

3. Stufe ca. 3 Millionen DM an Investitionsmitteln notwendig sind, während im Werk Kaiserslautern, das derzeit nicht über eine Radsatzaufbereitung verfügt, rund 60 Millionen DM an Investitionsmitteln aufgewendet werden müßten, um die Radsatzaufbereitung durchführen zu können, und wie kann ein um das 20fache höherer Investitionsbedarf unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten begründet werden?

47. Abgeordnete
**Jutta
Müller
(Völklingen)**
(SPD)

Welche betrieblichen und kalkulatorischen Vergleichsdaten der Werke Kaiserslautern und Saarbrücken-Burbach wurden bei der Entscheidung des Vorstandes der Deutschen Bundesbahn, das BAW Saarbrücken-Burbach auf die Liste der zu schließenden Werke zu setzen, in die Entscheidung miteinbezogen, und wie sehen diese Vergleichszahlen aus?

48. Abgeordneter
**Lothar
Fischer
(Homburg)**
(SPD)

Wie viele Mitarbeiter müßten nach Kaiserslautern umgesetzt werden, und welche erhöhten Fahrzeiten zum Arbeitsplatz müßten diese Mitarbeiter in Kauf nehmen, wenn dem Vorschlag des Vorstandes der Deutschen Bundesbahn, Bundesbahnausbesserungswerk (BAW) Saarbrücken-Burbach auf die Liste der zu schließenden Werke zu setzen, entsprochen würde?

49. Abgeordneter
**Lothar
Fischer
(Homburg)**
(SPD)

Wie viele Mitarbeiter müßten im umgekehrten Fall (Erhalt des Werkes in Burbach – Schließung des Werkes in Kaiserslautern) nach Saarbrücken umgesetzt werden, und wie würden sich dann die Fahrzeiten dieser Mitarbeiter zum und vom Arbeitsplatz erhöhen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

50. Abgeordnete
**Monika
Ganseforth**
(SPD)

Warum liegt die seit Jahren diskutierte und seit Ende 1991 im Entwurf vorliegende Wärmenutzungsverordnung, deren Umsetzung ein hohes CO₂-Minderungspotential weitgehend betriebswirtschaftlich lohnend bewegen könnte, noch nicht vor, und wann ist mit der endgültigen Fassung und ihrem Inkrafttreten zu rechnen?

51. Abgeordneter
**Hans Georg
Wagner**
(SPD)

Wie ist die Äußerung von Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Klaus Töpfer, zu verstehen „Nachdem die SPD 1982 Oppositionspartei im Deutschen Bundestag geworden ist, gibt es in diesem Land keinen energiepolitischen Konsens“ (Grußwort vor der Gesellschaft für Reaktorsicherheit am 28. Oktober 1992 in Berlin), angesichts der Tatsache, daß die sog. „Ueberhorst-Kommission“ zur Findung eines energiepolitischen Konsenses im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages erfolgreich von der Fraktion der CDU/CSU blockiert wird?

52. Abgeordneter
**Hans Georg
Wagner**
(SPD)

Ist der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit angesichts der Blockierung der „Ueberhorst-Kommission“ durch seine Fraktion wirklich der Meinung, die Schwierigkeiten eines energiepolitischen Konsenses lägen in der „ideologisch-fundamentalistischen Ablehnung der friedlichen Nutzung der Kernenergie“, wie er der SPD vorwirft?

53. Abgeordneter
**Dr. Norbert
Rieder**
(CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Gerüchte bestätigen, daß derzeit in der Bundesrepublik Deutschland gebrauchte Anlagen zur chemischen Reinigung, die mit halogenierten Kohlenwasserstoffen arbeiten, aufgekauft werden, um in Drittländern zum Einsatz zu kommen?

54. Abgeordneter
**Dr. Norbert
Rieder**
(CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung die Gefahr, daß durch den Betrieb solcher Anlagen in Drittländern die Bemühungen vieler Staaten, die klimaschädlichen Treibhausgase zu reduzieren, unterlaufen werden, und sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, einer solchen negativen Entwicklung wirksam zu begegnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

55. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Kühler**
(SPD)

Welche konkreten Ergebnisse zur Verbesserung der Menschenrechtssituation in China und in Tibet hat der Besuch des Bundesministers des Auswärtigen, Dr. Klaus Kinkel, in der Volksrepublik China gebracht, und wie bewertet die Bundesregierung die Ergebnisse?

56. Abgeordneter
**Dr. Klaus
Kübler**
(SPD)
- Welche Haltung der Bundesregierung hat der Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Klaus Kinkel, bei seinem Besuch in Pakistan zur Kashmirfrage vertreten, und wird die Bundesregierung ihrerseits Bemühungen unterstützen, daß es in absehbarer Zeit zu konkreten Verhandlungen zwischen Indien und Pakistan unter Beteiligung der Betroffenen zur Lösung des Kashmirproblems kommt?
57. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)
- Wie begründet die Bundesregierung ihre Weigerung, die von der ehemaligen Regierung der DDR eingegangenen Verpflichtungen zu übernehmen, indem sie die vertraglich vereinbarten Lieferungen von Milchpulver an Kuba nicht ausführt?
58. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)
- Welche konkreten Probleme sieht die Bundesregierung in den vom VN-Sondergesandten Mohammed Sahnoun als ineffizient kritisierten Hilfslieferungen für Somalia, der nach offizieller Rüge daraufhin zurückgetreten ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

59. Abgeordneter
**Erich G.
Fritz**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß eine große Zahl von Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien, die in Familien untergebracht werden, aus dem Grund Asylantrag stellt (auch von Gemeinden so beraten wird), um Sozialhilfe zu erhalten, wenn die Gastfamilie für den weiteren Unterhalt nicht mehr aufkommen kann?
60. Abgeordneter
**Erich G.
Fritz**
(CDU/CSU)
- Denkt die Bundesregierung an eine besondere Regelung für Bürgerkriegsflüchtlinge, die die Gemeinden entlasten und gleichzeitig die unrechtmäßige Einleitung von Asylverfahren ändern könnte?
61. Abgeordneter
**Dr. Hans
de With**
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, daß in jüngster Zeit die Verwendung nationalsozialistischer Kennzeichen im Sinne des § 86a StGB (z. B. Hakenkreuze, „Hitler/Kühnen“-Gruß, Fahnen, Parolen etc.) bei öffentlichen Auftritten Rechtsradikaler (in Dresden und etlichen anderen Städten) in besorgniserregender und beschämender Weise zugenommen hat?

62. Abgeordneter
**Dr. Hans
de With**
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß trotz Verdachts einer Straftat nach § 86 a StGB in zahlreichen Fällen Polizeibeamte nicht eingeschritten sind, um die Fortsetzung dieses rechtswidrigen Handelns zu unterbinden und notwendige Ermittlungen nicht aufgenommen wurden?
63. Abgeordneter
**Dr. Eckhart
Pick**
(SPD)
- Durch welche Maßnahmen hat die Bundesregierung in Verbindung mit den Landesregierungen sichergestellt, daß den bei öffentlichen Auftritten massenhaften Verletzungen des § 86 a StGB in Zukunft wirkungsvoll – präventiv und repressiv – entgegengetreten wird?
64. Abgeordneter
**Freimut
Duve**
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß die Bundesregierung beim Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und Internationale Studien (BIOst) in Köln eine Untersuchung über die Lage der rumänischen Roma in Auftrag gegeben hat?
65. Abgeordneter
**Freimut
Duve**
(SPD)
- Hat sich die Bundesregierung bei ihren Verhandlungen mit der rumänischen Regierung über den „Abschiebungsvertrag“ ausschließlich der oben erwähnten Studie „Versuch über Geschichte, Gegenwart und soziale Probleme der Zigeuner Rumäniens“ aus dem BIOst zu ihrer Information über die Situation der Roma bedient, oder haben ihr auch weitere Berichte vorgelegen?
66. Abgeordneter
**Ludwig
Stiegler**
(SPD)
- Wird die Bundesregierung das Angebot des Deutschen Anwaltvereins aufgreifen, wie bei den sogenannten Ostprojekten auch für die Beschleunigung der Asylverfahren dazu bereite Rechtsanwälte auf Zeit einzusetzen, und welche Gespräche wurden bisher mit dem Deutschen Anwaltverein darüber geführt?
67. Abgeordneter
**Adolf
Ostertag**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Umstand, daß durch das derzeit noch geltende umständliche und zeitaufwendige Verfahren zur gleichmäßigen Verteilung der Asylbewerber auf die Bundesländer nach dem alten Asylverfahrensgesetz die Übererfüllung einzelner Länder wie Nordrhein-Westfalen nicht wirksam abgebaut wird, da diese im Rahmen der Vorabverteilung gleichzeitig wieder Neuankömmlinge aufnehmen müssen, womit eine große finanzielle Mehrbelastung für die betroffenen Länder und ihre Gemeinden verbunden ist, und wie will die Bundesregierung unmittelbar Abhilfe schaffen angesichts der Tatsache, daß durch den langen

Zeitraum der noch erfolgenden endgültigen Verteilung von zum Teil 6 bis 10 Monaten menschliche Härten, finanzielle Mehrbelastungen für die Sozialhilfeträger, doppelter verwaltungstechnischer Aufwand und Frustrationen bei den Betreuenden entstehen?

**68. Abgeordneter
Adolf
Ostertag
(SPD)**

Warum kann die Bundesregierung das in dem neuen Asylverfahrensgesetz vom 26. Juni 1992 bereits vorgesehene Verfahren eines sofortigen Länderquotenabgleichs durch eine zentrale Verteilungsstelle des Bundes (§ 46 Abs. 2 Asylverfahrensgesetz neuer Fassung) erst zum 1. April 1993 umsetzen, während zum Beispiel Nordrhein-Westfalen bei der landesinternen Verteilung auf seine Gemeinden ein entsprechendes Verfahren bereits praktiziert und die gleichmäßige Verteilung durch zeitweise Zuteilungsstopps für überbelastete Gemeinden erreicht, wodurch sich Umverteilungen erübrigen, und wie reagiert die Bundesregierung auf die mehrfach geäußerten Forderungen von Kommunen, Kirchengemeinden, Bürgerinitiativen und des Landes Nordrhein-Westfalen, ein solches Verfahren auch im Verhältnis des Bundes zu seinen Ländern einzuführen?

Bonn, den 6. November 1992

